



Resolution verabschiedet am 10. November 2018  
vom Grossen Vorstand der Freidenkenden Schweiz

# Helfen wir Asia Bibi – schaffen wir unser Blasphemieverbot ab

**Religiöse Überzeugungen müssen genauso kritisiert werden dürfen wie politische. Blasphemieartikel gehören deshalb abgeschafft. Irlands StimmbürgerInnen haben dies erkannt und das Blasphemieverbot aus ihrer Verfassung gestrichen. Westliche Staaten tun gut daran, diesem Beispiel zu folgen. Auch als Signal an Staaten wie Pakistan, Saudi-Arabien oder Russland<sup>1</sup>, die solche Verbote dazu nutzen, religiöse Minderheiten und säkulare AktivistInnen zu verfolgen. Die Freidenkenden rufen deshalb National- und Ständerat dazu auf, Artikel 261 des Schweizerischen Strafgesetzbuches zu entschlacken.**

Mehrere westliche Staaten kennen Blasphemieverbote, zu Verurteilungen kommt es nur selten. Dennoch gehören diese anachronistischen Strafgesetzentitel aufgehoben. Denn nur deren Streichung sichert der Bevölkerung das Recht auf freie Meinungsäusserung zu. Im Grunde gibt es in dieser Frage einen klaren europäischen Konsens: Der Europarat empfahl seinen Mitgliedsländern bereits 2007, Blasphemie nicht als Delikt zu taxieren. Ein Jahr später bekräftigte die Venedig-Kommission des Europarates diese Position. Auch der Menschenrechtsausschuss der UN sprach sich 2011 gegen Blasphemiegesetze aus, ebenso das EU-Parlament im Jahr 2014 (alle Stellungnahmen im Anhang).

Blasphemieverbote führen zur höchst problematischen Ausgangslage, dass religiöse Überzeugungen nicht im gleichen Mass öffentlich kritisiert werden können wie politische Positionsbezüge. Ein Abschaffen dieser Verbote ist aber nicht nur für die Binnenwirkung in den jeweiligen Ländern wichtig. Es ist auch ein klares und nötiges Signal an diejenigen Staaten, die Blasphemieverbote dazu nutzen, religiöse Minderheiten und säkulare AktivistInnen zu verfolgen.

Asia Bibis Fall hat weltweit Schlagzeilen gemacht: Die Christin wurde im November 2010 von einem pakistanischen Regionalgericht zum Tode verurteilt, da sie während einer Auseinandersetzung mit anderen Arbeiterinnen auf einer Farm den Propheten Mohammed beleidigt haben soll. Bibi hatte für die Gruppe Wasser geholt und wurde von den anderen Frauen aufgefordert, sich zum Islam zu bekennen, da sie sonst das Wasser nicht trinken könnten. Bibi lehnte ab und floh nach Hause. Religiöse Extremisten versuchten anschliessend, sie in ihre Gewalt zu bringen. Die Polizei nahm Bibi fest, angeblich, um sie zu schützen. Auf Druck islamischer Geistlicher wurde in der Folge jedoch Anklage gegen sie erhoben. Das daraufhin gefällte Todesurteil wurde erst vor wenigen Tagen durch das Oberste Gericht Pakistans aufgehoben. Doch erneut gab der Staat den muslimischen Extremisten nach und sicherte zu, dass man Asia Bibi nicht ins Ausland werde reisen lassen. Pakistan und andere Länder, deren Gesetze drakonische Strafen für Gotteslästerung oder die Beleidigung religiöser Gefühle vorsehen, verweisen immer wieder auf die entsprechenden Verbote in manchen westlichen Ländern.

---

<sup>1</sup> Ein Beispiel aus Pakistan folgt weiter unten im Text, zu Saudi-Arabien sei stellvertretend der säkulare Blogger Raif Badawi erwähnt, der aufgrund seines Aktivismus für eine liberale Gesellschaft seit 2012 inhaftiert ist, und Russland hat 2013 seine Blasphemiegesetze dahingehend verschärft, dass Gotteslästerung mit bis zu drei Jahren Haft bestraft wird.

Artikel 261 des Schweizerischen Strafgesetzbuches stellt zwar nicht direkt Gotteslästerung unter Strafe, jedoch das Verspotten der «Überzeugung anderer in Glaubenssachen, insbesondere den Glauben an Gott». Ebenso verbietet der Artikel das «Verunehren» von Gegenständen oder Orten, «die für einen verfassungsmässig gewährleisteten Kultus oder für eine solche Kultushandlung bestimmt sind». Einzig religiöse Überzeugungen, Gegenstände und Orte geniessen durch das StGB einen derartigen Schutz. Auch Parteisekretariate, Gewerbeverbandslokale, Museen, Bankschalterhallen und andere öffentlich zugängliche Orte können Ziele von Farbanschlägen und dergleichen sein – in all diesen Fällen geht man allerdings mit gutem Grund davon aus, dass die StGB-Artikel zu Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch einen ausreichenden Schutz darstellen, beziehungsweise dem Rechtsstaat genügend Mittel bieten, um Täter zu verurteilen. Artikel 261<sup>bis</sup> schützt zudem Gruppen und Personen vor Hass und Diskriminierung «wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion». Dieser Artikel bietet Religionsgemeinschaften ebenso wie anderen Gruppierungen und deren Angehörigen ausreichend Schutz vor bedrohlichen Äusserungen. Zudem schützen die Artikel StGB 173–177 alle Personen vor Beschimpfungen und anderen Ehrverletzungen.

Artikel 261 trägt den Titel «Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit». Um diesem gerecht zu werden, scheint einzig das aufgeführte Verbot der Verhinderung und Störung der «verfassungsmässig gewährleisteten Kultushandlung» nicht zwingend durch andere StGB-Artikel ausreichend abgedeckt.

### **Schweiz soll sich Irland, Dänemark, Frankreich, Norwegen, Island, Malta anschliessen**

Am 28. Oktober 2018 votierten die Irinnen und Iren mit Zweidrittelmehrheit dafür, das Blasphemieverbot aus ihrer Verfassung zu streichen. Vor Irland hatten in den letzten Jahren bereits Norwegen, Island, Malta, Frankreich und Dänemark Paragrafen aus ihren Strafgesetzbüchern gestrichen, welche Gotteslästerung oder das Verletzen religiöser Gefühle unter Strafe stellten.

Die Freidenkenden rufen National- und Ständerat dazu auf, diesen Ländern zu folgen und Artikel 261 des Schweizerischen Strafgesetzbuches zu entschlacken und damit ein klares Bekenntnis zum Recht auf freie Meinungsäusserung abzugeben – und nicht zuletzt Staaten wie Pakistan, Saudi-Arabien oder Russland nicht länger Rechtfertigungen für ihre freiheitsfeindlichen Gesetze zu liefern.

# Anhang

Stellungnahmen zu Blasphemiegesetzen	4
Council of Europe Parliamentary Assembly (2007)	4
European Commission for Democracy through Law («Venice Commission») (2008)	4
UN-Menschenrechtsausschuss (2011)	5
EU-Parlament (2014)	5
Art. 261 Schweizerisches Strafgesetzbuch	5
Zeitachse Abschaffungen Blasphemieverbote	6
12.05.2015 Norwegen	6
02.07.2015 Island	6
12.07.2016 Malta	6
14.10.2016 Frankreich	6
02.06.2017 Dänemark	6
28.10.2018 Irland	6
Weiterführende Quellen	6
Kampagne «End Blasphemy Laws»	6
BBC-Übersicht: Which countries still have blasphemy laws?	6
Freedom of Thought Report	6

# Stellungnahmen zu Blasphemiegesetzen

## Council of Europe Parliamentary Assembly (2007)

### Recommendation 1805 on «Blasphemy, religious insults and hate speech against persons on grounds of their religion»:

“4. With regard to blasphemy, religious insults and hate speech against persons on the grounds of their religion, the state is responsible for determining what should count as criminal offences within the limits imposed by the case law of the European Court of Human Rights. In this connection, **the Assembly considers that blasphemy, as an insult to a religion, should not be deemed a criminal offence.** A distinction should be made between matters relating to moral conscience and those relating to what is lawful, matters which belong to the public domain, and those which belong to the private sphere. Even though today prosecutions in this respect are rare in member states, they are legion in other countries of the world.

...

14. The Assembly notes that member states have the obligation under Article 9 of the Convention to protect freedom of religion including the freedom to manifest one's religion. This requires that member states protect such manifestations against disturbances by others. However, these rights may sometimes be subject to certain justified limitations. The challenge facing the authorities is how to strike a fair balance between the interests of individuals as members of a religious community in ensuring respect for their right to manifest their religion or their right to education, and the general public interest or the rights and interests of others.

15. The Assembly considers that, as far as it is necessary in a democratic society in accordance with Article 10, paragraph 2, of the Convention, national law should only penalise expressions about religious matters which intentionally and severely disturb public order and call for public violence. ...”

## European Commission for Democracy through Law («Venice Commission») (2008)

### Report on the relationship between Freedom of Expression and Freedom of Religion: the issue of regulation and prosecution of Blasphemy, Religious Insult and Incitement to Religious Hatred

“As concerns the question of whether or not there is a need for specific supplementary legislation in the area of blasphemy, religious insult and incitement to religious hatred, the Commission finds:

- a) That incitement to hatred, including religious hatred, should be the object of criminal sanctions as is the case in almost all European States ...
- b) That it is neither necessary nor desirable to create an offence of religious insult (that is, insult to religious feelings) simpliciter, without the element of incitement to hatred as an essential component.
- c) That the offence of blasphemy should be abolished (which is already the case in most European States) and should not be reintroduced. ...

As concerns the question of to what extent criminal legislation is adequate and/or effective for the purpose of bringing about the appropriate balance between the right to freedom of expression and the right to respect for one's beliefs, the Commission reiterates that, in its view, criminal sanctions are only appropriate in respect of incitement to hatred (unless public order offences are appropriate).

Notwithstanding the difficulties with enforcement of criminal legislation in this area, there is a high symbolic value in the pan-European introduction of criminal sanctions against incitement to hatred. It gives strong signals to all parts of society and to all societies that an effective democracy cannot bear behaviours and acts which undermine its core values: pluralism, tolerance, respect for human rights and non-discrimination. It is essential however that the application of legislation against incitement to hatred be done in a non-discriminatory manner.

In the Commission's view, instead, **criminal sanctions are inappropriate in respect of insult to religious feelings and, even more so, in respect of blasphemy.**”

## UN-Menschenrechtsausschuss (2011)

102<sup>nd</sup> session (11-29 July 2011), general comment no. 34 on freedom of opinion and freedom of expression

"3. Freedom of expression is a necessary condition for the realization of the principles of transparency and accountability that are, in turn, essential for the promotion and protection of human rights.

48. Prohibitions of displays of lack of respect for a religion or other belief system, including blasphemy laws, are incompatible with the Covenant, except in the specific circumstances envisaged in article 20, paragraph 2, of the Covenant. [...] Thus, for instance, it would be impermissible for any such laws to discriminate in favour of or against one or certain religions or belief systems, or their adherents over another, or religious believers over non-believers. Nor would it be permissible for such prohibitions to be used to prevent or punish criticism of religious leaders or commentary on religious doctrine and tenets of faith.

## EU-Parlament (2014)

Resolution of 27 February 2014 on the situation of fundamental rights in the European Union

"The European Parliament, ...

35. **Recalls that national laws that criminalise blasphemy restrict freedom of expression** concerning religious or other beliefs, that they are often applied to persecute, mistreat, or intimidate persons belonging to religious or other minorities, and that they can have a serious inhibiting effect on freedom of expression and on freedom of religion or belief; **recommends that the Member States decriminalise such offences, ..."**

## Art. 261 Schweizerisches Strafgesetzbuch

Art. 261 Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit

Wer öffentlich und in gemeiner Weise die Überzeugung anderer in Glaubenssachen, insbesondere den Glauben an Gott, beschimpft oder verspottet oder Gegenstände religiöser Verehrung verunehrt,

wer eine verfassungsmässig gewährleistete Kultushandlung böswillig verhindert, stört oder öffentlich verspottet,

wer einen Ort oder einen Gegenstand, die für einen verfassungsmässig gewährleisteten Kultus oder für eine solche Kultushandlung bestimmt sind, böswillig verunehrt,

wird mit Geldstrafe bestraft.

Art. 261<sup>bis</sup> Rassendiskriminierung

Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufruft,

wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind,

wer mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,

wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht,

wer eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

# Zeitachse Abschaffungen Blasphemieverbote

## 12.05.2015 Norwegen

Das norwegische Parlament hatte bereits im Jahr 2009 die Streichung des Blasphemieparagrafen aus dem Strafgesetzbuch beschlossen. Wegen der Verzögerung der Einführung des neuen StGB entschied das Parlament am 12. Mai 2015, den wegen dieser Verzögerung formal noch gültigen Paragrafen per sofort zu streichen.

[https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:c2E\\_udOBsEwJ:https://www.loc.gov/law/foreign-news/article/norway-blasphemy-provision-to-be-removed-from-penal-code/](https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:c2E_udOBsEwJ:https://www.loc.gov/law/foreign-news/article/norway-blasphemy-provision-to-be-removed-from-penal-code/)

## 02.07.2015 Island

Abschaffung Blasphemieverbot durch das Parlament

<https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-initiative-der-piratenpartei-blasphemie-ist-in-island-nicht-mehr-straftbar/12007554.html>

## 12.07.2016 Malta

Abschaffung Blasphemieverbot durch das Parlament

<https://end-blasphemy-laws.org/countries/europe/malta/>

## 14.10.2016 Frankreich

Abschaffung Blasphemieverbot in Alsace-Moselle durch den französischen Senat. Frankreich kennt nun keine Blasphemiegesetzgebung mehr

<http://loractu.fr/france/14345-le-senat-supprime-le-delit-de-blaspheme-qui-s-applique-en-alsace-moselle.html>

## 02.06.2017 Dänemark

Abschaffung Blasphemieverbot durch das Parlament

<http://www.taz.de/!5411740/>

## 28.10.2018 Irland

Abschaffung Blasphemieverbot durch das Volk an der Urne mit einem Ja-Stimmenanteil von 65%

<https://www.nzz.ch/international/grosse-mehrheit-der-iren-fuer-streichung-von-gotteslaesterungsverbot-ld.1431815>

## Weiterführende Quellen

### Kampagne «End Blasphemy Laws»

Die [International Humanist and Ethical Union](https://end-blasphemy-laws.org) und die [European Humanist Federation](https://end-blasphemy-laws.org) treten gemeinsam für die weltweite Abschaffung von Blasphemiegesetzen ein. Die Freidenkenden Schweiz sind Mitglied beider Organisationen.

<https://end-blasphemy-laws.org>

### BBC-Übersicht: Which countries still have blasphemy laws?

BBC, 31.10.2018 <https://www.bbc.com/news/world-46046074>

### Freedom of Thought Report

Der Freedom of Thought Report dokumentiert, in welchen Ländern nicht-religiöse Personen diskriminiert werden.

<https://freethoughtreport.com/about-the-report/>